

Allgemeine Geschäftsbedingungen von BigLetter Übersetzungen

§ 1

Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen von BigLetter Übersetzungen, im Folgenden AGB genannt, regeln die Bedingungen, unter denen Dienstleistungen für Unternehmen oder natürliche Personen, im Folgenden Auftraggeber genannt, von der Firma BigLetter Übersetzungen, im Folgenden Auftragnehmer genannt, erbracht werden. Diese AGB gelten für jeden Auftrag, Vertrag oder jede andere Form der Zusammenarbeit zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber, sofern zwischen den Parteien nicht ein gesonderter Vertrag, in dem die Bedingungen der Zusammenarbeit geregelt sind, abgeschlossen wurde.

§ 2

Umfang der Dienstleistungen

1. Gegenstand der vom Auftragnehmer zu erbringenden Dienstleistungen sind Sprachdienstleistungen, die Anfertigung von Übersetzungen, vereidigten Übersetzungen, Dolmetschen - konsekutiv, vereidigt und simultan - sowie Erbringung zusätzlicher Leistungen wie z. B. Lektorat und Korrektorat, Bereitstellung von Anlagen fürs Dolmetschen, darunter Simultandolmetschen, sowie grafische Bearbeitung von Dokumenten und deren Vorbereitung für den Druck umfassen.
2. Der Umfang der Dienstleistungen sowie detaillierte Bedingungen für die Ausführung des jeweiligen Auftrags werden immer auf dem vom Auftragnehmer erstellten Auftragschein angegeben. Die Bedingungen des Auftragscheins sind jeweils sowohl vom Auftragnehmer als auch vom Auftraggeber zu bestätigen.

§ 3

Auftragserteilung und Erbringung der Dienstleistung

1. Bevor der Auftrag vom Auftraggeber erteilt wird, haben die Parteien den Umfang, den Preis für Erbringung der Dienstleistung, die Art der Lieferung der erbrachten Dienstleistung und andere für die Dienstleistung erforderliche Informationen zu vereinbaren.
2. Der Auftrag gilt als zur Ausführung angenommen, nachdem der Auftragnehmer die Bestätigung der vereinbarten Auftragsbedingungen sowie alle für die Auftragsausführung erforderlichen Quellenmaterialien vom Auftraggeber erhalten hat.
3. Der Auftraggeber kann dem Auftragnehmer den angenommenen Auftrag persönlich, per E-Mail oder per Post übermitteln.
4. Die im Auftrag festgesetzten Fristen gelten, sofern die Auftragsbestätigung dem Auftragnehmer vom Auftraggeber an demselben Werktag von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr übermittelt wird.
5. Sollte die Auftragsbestätigung vom Auftraggeber innerhalb der zwischen den Parteien vereinbarten Zeit nicht übermittelt werden, ist der Auftragnehmer berechtigt, einen neuen Termin für die Auftragsausführung festzusetzen.
6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Dienstleistungen mit größter Sorgfalt zu erbringen.
7. Ein Auftrag gilt als erfüllt, wenn die bestellte Dienstleistung vom Auftragnehmer zum vereinbarten Termin und auf die vereinbarte Art und Weise (je nach den getroffenen Vereinbarungen - per E-Mail, Post, Kurierdienst oder persönlich am Ort des Auftraggebers oder des Auftragnehmers) geliefert wird.

8. Als Termin für die Erbringung der jeweiligen Sprachdienstleistung gilt der im Auftrag angegebene und sowohl vom Auftragnehmer als auch vom Auftraggeber bestätigte Termin. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Übersetzung bis zu dem im Auftrag angegebenen Termin fertigzustellen und zu übergeben, sofern zwischen Parteien nichts anderes vereinbart wurde.
9. Als Nachweis der Übergabe des fertiggestellten Auftrags an den Auftraggeber gilt:
 - a. die Empfangsbestätigung des Auftraggebers
 - b. die Versandbestätigung (bei Versand per Post oder per Kurierdienst)
 - c. die Übermittlung der Auftragsdatei per E-Mail
10. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die fertiggestellte Übersetzung nicht für die Veröffentlichung geeignet ist und für die Vorbereitung des Textes zur Veröffentlichung zusätzliche schriftliche Vereinbarungen mit dem Auftragnehmer getroffen werden müssen.
11. Sollten Unterlagen oder Materialien zur Übersetzung übergeben werden, die zusammen mit der Übersetzung zurückgegeben werden müssen, hat der Auftraggeber den Auftragnehmer hierüber im Voraus zu informieren und die Rückgabe bei Abholung der Übersetzung durch Abgabe einer Empfangsbestätigung auf dem Auftragschein zu bestätigen.
12. Nach der Ausführung des Auftrags hat der Auftragnehmer eine Rechnung oder Quittung auszustellen und der Auftraggeber ist verpflichtet, den vereinbarten Preis fristgerecht zu zahlen.
13. Der Preis für die Erbringung der jeweiligen Dienstleistung ist der aktuellen Preisliste des Auftragnehmers zu entnehmen und die Abrechnung erfolgt auf Basis des Zieltextes. Die Vereinbarung eines von der Preisliste abweichenden Preises bedarf einer vorherigen schriftlichen Vereinbarung zwischen den Parteien (persönlich, per Post oder per E-Mail).

§ 4 Reklamationen

1. Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer etwaige Mängel der erhaltenen Bestellung innerhalb von 14 Kalendertagen, gerechnet ab Datum der Auftragsausführung, anzuzeigen.
2. Nach Ablauf der in Abs. 4 (1) genannten Frist erlöschen alle Rechte des Auftraggebers aus der mangelhaften Ausführung des Auftrags.
3. Etwaige Einwendungen gegen die erbrachte Dienstleistung sind unverzüglich, sobald sie bekannt sind, spätestens jedoch innerhalb der in Abs. 4 (1) genannten Frist, schriftlich zu erheben. Sie können dem Auftragnehmer persönlich, per Post oder per E-Mail mitgeteilt werden.
4. Im Falle einer berechtigten Reklamation hat der Auftragnehmer die Mängel möglichst schnell zu beseitigen. Zwischen den Parteien kann ebenfalls vereinbart werden, dass die Mängel vom Auftragnehmer nicht beseitigt werden. In diesem Fall kann der Auftraggeber einen Rabatt in Höhe von bis zu 25 % des gezahlten Betrags, der dem Teil der von den Einwendungen betroffenen Dienstleistung entspricht, erhalten.
5. Sollte es sich bei dem Mangel des Auftrags um die Nichteinhaltung des Termins für die Fertigstellung und Übergabe des Auftrags handeln, wird der Betrag für die Erbringung dieser Dienstleistung vom Auftragnehmer um 1 % für jeden Tag des Verzugs bei der Übergabe der Übersetzung, jedoch maximal um 30 % des Auftragswertes, gemindert.
6. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die erhobenen Einwendungen möglichst schnell zu prüfen und dem Auftraggeber das Ergebnis der Prüfung der Reklamation mitzuteilen.
7. Vorbehaltlich zwingender verbraucherrechtlicher Vorschriften haftet der Auftragnehmer für die Ausführung des jeweiligen Auftrags ausschließlich bis zur Höhe der dem Auftragnehmer für die Ausführung zustehenden Nettovergütung (ohne Umsatzsteuer).

8. Der Auftraggeber, der die Erbringung von Dienstleistungen in einem anderen als dem üblichen Verfahren in Auftrag gibt, nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Möglichkeit von Differenzen hinsichtlich der in der Übersetzung angewandten Terminologie aufgrund der Erbringung der Dienstleistung durch mehrere Unterauftragnehmer besteht.

§ 5 Geheimhaltung

1. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm vom Auftraggeber anvertrauten Materialien vertraulich zu behandeln.
2. Diese Materialien dürfen nur den direkten Mitarbeitern des Auftragnehmers, d. h. den Übersetzern, Korrekturlesern und Beratern, die für einen bestimmten Auftrag eingesetzt werden, zur Verfügung gestellt werden, sofern dies für eine ordnungsgemäße Erbringung der Dienstleistung erforderlich ist.

§ 6 Rücktritt von der Auftragsausführung

1. Der Auftraggeber ist berechtigt, von der Auftragsausführung unter Zahlung folgender Ablösebeträge an den Auftragnehmer zurückzutreten:
 - 1.1. Falls der Auftrag die Erbringung von Dolmetschleistungen umfasste und der Rücktritt erfolgte:
 - 1.1.1. drei Werktage vor dem Termin der Erbringung der beauftragten Dolmetschleistung – 25 % der für die Ausführung dieses Auftrags vereinbarten Vergütung.
 - 1.1.2. zwei Werktage vor dem Termin der Erbringung der beauftragten Dolmetschleistung – 50% der für die Ausführung dieses Auftrags vereinbarten Vergütung.
 - 1.1.3. einen Werktag vor dem Termin der Erbringung der beauftragten Dolmetschleistung – 100% der für die Ausführung dieses Auftrags vereinbarten Vergütung und die Erstattung der im Zusammenhang mit der Auftragsausführung entstehenden Kosten und zwar insbesondere Kosten für Raum- und Gerätemiete.
 - 1.2. Falls der Auftrag die Erbringung von Übersetzungen umfasste, ist der Auftraggeber verpflichtet, den Betrag, der für den bis zum Zeitpunkt des Rücktritts vom Auftrag ausgeführten Teil des Auftrags geschuldet wird, an den Auftragnehmer zu zahlen. In diesem Fall ist der Auftragnehmer verpflichtet, den Auftrag in der aktuellen Ausführungsphase an den Auftraggeber zurückzusenden und die tatsächlich erbrachte Leistung in Rechnung zu stellen.
2. Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Annahme des Auftrags zur Ausführung am Tage der ordnungsgemäßen Anweisung des Auftraggebers zu verweigern.

§ 7 Schutz personenbezogener Daten

1. Verantwortlicher für die Verarbeitung personenbezogener Daten im Sinne von Art. 4 Ziffer 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung - im Folgenden „DSGVO“ genannt), die für die Zwecke des Abschlusses und der Durchführung des Vertrages über die Zusammenarbeit im Bereich der Übersetzungsdienstleistungen an BIGLETTER ÜBERSETZUNGEN e.U. übermittelt wurden,

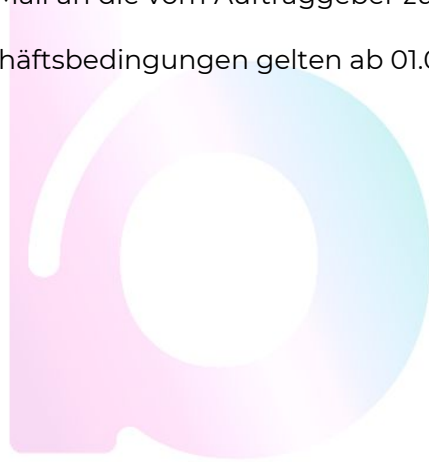
- ist Jarosław Kościelski, tätig unter der Firma BIGLETTER ÜBERSETZUNGEN e.U. mit Sitz in der Gertrude-Fröhlich-Sandner Straße 2-4, 1100 Wien, Österreich (im Folgenden „Verantwortlicher“ genannt).
2. Der Verantwortliche kann elektronisch per E-Mail an office@bigletter.at, telefonisch unter: +43 6767800057 oder schriftlich an die vorgenannte Sitzadresse kontaktiert werden.
 3. Als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten des Auftraggebers, der eine natürliche Person ist, sowie der Bevollmächtigten, Vertreter, Angestellten und Mitarbeiter des Auftraggebers durch den Verantwortlichen gilt Folgendes:
 - 3.1. Ergreifung von Maßnahmen zum Abschluss und zur Durchführung des Vertrages über die Zusammenarbeit im Bereich der Übersetzungsdienstleistungen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b der DSGVO - für die Dauer des Vertrags;
 - 3.2. Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c der DSGVO unter anderem im Zusammenhang mit steuerlichen und buchhalterischen Rechtsvorschriften - für einen Zeitraum von für Jahren ab Ende des Jahres, in dem das Ereignis eingetreten ist;
 - 3.3. ein berechtigtes Interesse des Verantwortlichen gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe f der DSGVO im Zusammenhang mit der Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages über die Zusammenarbeit im Bereich der Übersetzungsdienstleistungen, mit dessen Wahrung sowie mit einer eventuellen Geltendmachung oder Abwehr vor den sich daraus ergebenden Ansprüchen – für drei Jahre ab Auflösung des Vertrages über die Zusammenarbeit im Bereich der Übersetzungsdienstleistungen.
 4. Personenbezogene Daten des Auftraggebers, der eine natürliche Person ist, sowie seiner Bevollmächtigten, Vertreter, Angestellten und Mitarbeiter können an Unternehmen übermittelt werden, von denen personenbezogene Daten im Namen und im Auftrag des Verantwortlichen verarbeitet werden, darunter an Unterauftragnehmer, die IT-Systeme, welche für die Durchführung des Vertrages über die Zusammenarbeit im Bereich der Übersetzungsdienstleistungen eingesetzt werden, betreiben und an Unterauftragnehmer, die Buchführungs-, Post-, Archivierungs- und Rechtsdienstleistungen erbringen, wobei die Datenverarbeitung bei diesen Unternehmen auf Grundlage des mit dem Verantwortlichen abgeschlossenen Vertrages über die Beauftragung mit der Datenverarbeitung erfolgt. Die Daten können auch übermittelt werden, wenn sich eine solche Pflicht aus den geltenden Rechtsvorschriften ergibt, und zwar unter anderem an die Nationale Finanzverwaltung, Gerichtsvollzieher oder an andere staatliche Behörden.
 5. Jede betroffene Person hat das Recht:
 - 5.1. auf Auskunft - von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden. Wenn personenbezogene Daten verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht auf Zugang zu diesen Daten und auf Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorien personenbezogener Daten, die Informationen über die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die personenbezogenen Daten offengelegt worden sind oder noch offengelegt werden, die Dauer der Datenspeicherung oder die Kriterien für deren Festlegung, das Recht, die Berichtigung, Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten der betroffenen Person zu verlangen und Widerspruch gegen diese Verarbeitung zu erheben (Art. 15 DSGVO);
 - 5.2. Erhalt einer Kopie der personenbezogenen Daten – eine Kopie der Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind, zu erhalten, wobei die erste Kopie kostenlos ist und der Verantwortliche für weitere Kopien ein angemessenes Entgelt auf der Grundlage der Verwaltungskosten erheben kann (Art. 15 Abs. 3 DSGVO);
 - 5.3. auf Berichtigung - die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten oder die Vervollständigung unvollständiger Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO);

- 5.4. auf Löschung – die Löschung sie betreffender personenbezogener Daten zu verlangen, wenn für den Verantwortlichen keine Rechtsgrundlage mehr für deren Verarbeitung besteht oder die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr notwendig sind (Art. 17 DSGVO);
- 5.5. auf Einschränkung der Verarbeitung – die Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 18 DSGVO), wenn:
 - 5.5.1. die Richtigkeit der personenbezogenen Daten von der betroffenen Person bestritten wird – für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit dieser Daten zu überprüfen,
 - 5.5.2. die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnt und stattdessen die Einschränkung deren Nutzung verlangt;
 - 5.5.3. der Verantwortliche personenbezogene Daten für diese Zwecke nicht länger benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt,
 - 5.5.4. die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat – bis es feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- 5.6. auf Datenübertragbarkeit – die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie einem Verantwortlichen bereitgestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und das Recht, diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, sofern die Verarbeitung dieser Daten auf Grundlage eines mit ihm abgeschlossenen Vertrages erfolgt (Art. 20 DSGVO);
- 5.7. Erhebung des Widerspruchs – gegen die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten für die rechtmäßigen Zwecke des Verantwortlichen aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, Widerspruch zu erheben. Der Verantwortliche prüft dann, ob berechtigte Gründe für die Verarbeitung bestehen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder ob Gründe für die Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen bestehen. Wenn nach der Prüfung die Interessen der betroffenen Person die Interessen des Verantwortlichen überwiegen, ist der Verantwortliche verpflichtet, die Verarbeitung für diese Zwecke einzustellen (Art. 21 DSGVO);
6. Um die in den Abs. 5.1. bis 5.7. oben genannten Rechte in Anspruch zu nehmen, sollte sich die betroffene Person unter den angegebenen Kontaktdaten an den Verantwortlichen wenden und ihn darüber informieren, welches Recht und in welchem Umfang sie in Anspruch nehmen möchte.
7. Jede Person hat auch das Recht, eine Beschwerde beim Leiter des Amtes für den Schutz Personenbezogener Daten einzulegen.
8. Personenbezogene Daten werden weder für Profiling noch für eine automatisierte Entscheidungsfindung verwendet.
9. Die Parteien verpflichten sich, ihre Bevollmächtigten, Vertreter, Angestellten und Mitarbeiter spätestens innerhalb von einem Monat ab Erhalt der personenbezogenen Daten oder bei der ersten Kommunikation mit der betroffenen Person über die Notwendigkeit der Übermittlung ihrer Daten zum Zwecke der Erfüllung des Vertrages über die Zusammenarbeit im Bereich der Übersetzungsdienstleistungen, darunter über den Zweck und den Umfang der Übermittlung, zu informieren.
10. Jede Partei verpflichtet sich, personenbezogene Daten durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen, die nach den geltenden Rechtsvorschriften über den Schutz personenbezogener Daten erforderlich sind, zu schützen und haftet für alle Schäden, die im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten entstehen.

§ 8

Schlussbestimmungen

1. Für Angelegenheiten, die in diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen nicht geregelt sind, gelten allgemein anwendbare Rechtsvorschriften.
2. Diese AGB gelten nicht als Angebot im Sinne der zivilrechtlichen Vorschriften.
3. Die Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind für beide Parteien verbindlich, sofern die Parteien durch einen Vertrag über eine feste Zusammenarbeit oder durch einen Vertrag über die Ausführung eines bestimmten Auftrags nicht andere Vereinbarungen getroffen haben.
4. Der Auftragnehmer behält sich das Recht vor, Änderungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen vorzunehmen. Änderungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden dem Auftraggeber schriftlich an die jeweilige Postadresse oder per E-Mail an die vom Auftraggeber zuvor angegebene E-Mail-Adresse mitgeteilt.
5. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten ab 01.09.2024.



bigletter